

Einführung

I. Das Bauordnungsrecht nach Ende des Zweiten Weltkrieges

1. Das Alte Recht

Der Wiederaufbau nach Kriegsende erfolgte zunächst auf der Grundlage eines stark zersplitterten Baurechts. Das galt vor allem für Niedersachsen, das aus den preußischen Gebieten der ehemaligen Provinz Hannover sowie den ehemaligen Ländern Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe entstanden ist.

In den ehemals preußischen Gebieten war ein großer Teil des öffentlichen Baurechts in den Bauordnungen der Regierungspräsidenten und größeren Städte enthalten. Diese Bauordnungen ergingen als Baupolizeiverordnungen. Ihre Rechtsgrundlage war zunächst das Allgemeine Landrecht von 1794, später das Preußische Polizeiverwaltungsgesetz von 1931 und schließlich das Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung von 1951. Mit dem Preußischen Wohnungsgesetz von 1918 wurde auch die erforderliche Grundlage für Regelungen über Art und Maß der baulichen Nutzung in den Baupolizeiverordnungen geschaffen. Inhaltlich gingen diese Verordnungen auf den von der preußischen Regierung 1919 herausgegebenen Entwurf einer Einheitsbauordnung zurück, der für Städte und Landgemeinden mit stadtartiger Entwicklung bestimmt war. Diesem Entwurf folgte 1931 der Entwurf einer Bauordnung für das platt Land, der die Belange der ländlichen, insbesondere landwirtschaftlichen Bauten berücksichtigte.

Daneben gab es zahlreiche Spezialgesetze und -verordnungen der früheren Länder und des Reiches. Zu den rechtsrechtlichen Vorschriften gehörten insbesondere die Baugestaltungsverordnung vom 10.11.1936, die Verordnung über die allgemeine baupolizeiliche Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten vom 8.11.1937, die Verordnung über die baupolizeiliche Behandlung von öffentlichen Bauten vom 20.11.1938, die Reichsgaragenordnung vom 17.2.1939 und die Verordnung über Grundstückseinrichtungsgegenstände mit Vorschriften über Prüfzeichen vom 27.1.1942.

A · Einführung

2. Die Gesetzgebungsbefugnis des Bundes

Der Bund strebte zunächst eine bundeseinheitliche Regelung des Baurechts, auch unter Einbeziehung des Bauordnungsrechts an. Der Umfang seiner Gesetzgebungsbefugnis nach Artikel 74 Nr. 18 GG war jedoch umstritten. Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung beantragten daher gemeinsam beim Bundesverfassungsgericht die Erstattung eines Gutachtens über die Gesetzgebungsbefugnis, insbesondere auch zu der Frage, ob sich diese Befugnis auf das Baupolizeirecht im bisher gebräuchlichen Sinne erstrecke.

Nach dem Gutachten des Bundesverfassungsgerichts vom 16.6.1954 (BVerfGE 3, 407) hat der Bund gem. Artikel 74 Nr. 18 GG die Zuständigkeit zur Regelung des Rechts der städtebaulichen Planung, der Bau-landumlegung, der Zusammenlegung von Grundstücken, des Boden-verkehrs, der Erschließung sowie der Bodenbewertung, soweit sie sich auf diese Gebiete bezieht, und zum Erlass einzelner spezifisch das Wohnungswesen berührende baupolizeilichen Vorschriften.

Hingegen besteht nach dem Gutachten des Bundesverfassungsgerichts keine Zuständigkeit des Bundes zur Regelung des „Baupolizeirechts im bisher gebräuchlichen Sinne“, so dass dafür ausschließlich die Län-der zuständig sind.

Im Bereich des Baurechts hat der Bund seine ihm nach dem Gutachten zustehende Gesetzgebungsbefugnis durch Erlass des früheren Bundes-baugesetzes und des jetzigen Baugesetzbuchs, der Baunutzungsverord-nung, der Planzeichenverordnung und des Städtebauförderungsgeset-zes weitgehend ausgeschöpft.

3. Die Musterbauordnung

Die Länder bemühten sich, nachdem der Umfang ihrer Gesetzge-bungsbefugnis geklärt war, um ein möglichst einheitliches Bauord-nungsrecht. Am 21.1.1955 vereinbarten sie in Bad Dürkheim, einen Musterentwurf einer Bauordnung zu erarbeiten. Dieser Musterent-wurf, die sog. Musterbauordnung, wurde von der dafür eingesetzten Kommission am 30.10.1959 verabschiedet. Die Musterbauordnung wurde in der Vergangenheit ständig fortgeschrieben.

An der Musterbauordnung orientieren sich nach wie vor die Bauord-nungen der Länder. Das Ziel der Musterbauordnung, ein einheitliches

Bauordnungsrecht auf Bundesebene zu bewirken, ist daher weitgehend erreicht worden.

II. Die Niedersächsische Bauordnung

Die am 1.1.1974 in Kraft getretene Niedersächsische Bauordnung (NBauO) und die dazu ergangenen Durchführungsverordnungen haben das Bauordnungsrecht im Lande Niedersachsen grundlegend neu geordnet und vereinheitlicht. Die NBauO hat eine Vielzahl regional geltender Bauordnungen sowie Spezialvorschriften des Reiches und der früheren Länder abgelöst.

Das Bauordnungsrecht dient entsprechend seiner herkömmlichen Funktion auch heute noch überwiegend der Gefahrenabwehr. Von großer Bedeutung sind daneben die Anforderungen, denen sozialpolitische Erwägungen zugrunde liegen.

Die Zielsetzungen der NBauO lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit, besonders für Leben oder Gesundheit,
2. Sicherung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse,
3. Berücksichtigung der Belange von BehindertenMenschen mit Behinderungen, von alten Menschen, Kindern und Personen mit Kleinkindern,
4. Verhütung von Verunstaltungen.

Darüber hinaus sind durch das Siebente Änderungsgesetz in die NBauO auch Forderungen zur Verwirklichung spezifischer umwelt- und verkehrspolitischer Zielsetzungen aufgenommen worden, wie

- die Forderung nach wasserdurchlässigen Befestigungen für Stellplätze und Garagenzufahrten,
- die Forderung nach Wasserzählern für Wohnungen,
- die Erweiterung der Zweckbestimmung von Ablösebeträgen für Einstellplätze,
- die Forderung nach Fahrradabstellanlagen.

Die NBauO ist seit 1974 mehrmals geändert worden. Die grundlegenden Änderungen erfolgten 1986 durch das Fünfte Änderungsgesetz und 1995 durch das Siebente Änderungsgesetz.

Mit Gesetz vom 3. April 2012 wurde die NBauO neu gefasst. Mit dieser Neufassung, mit der vor allem eine weitgehende Anpassung an

A · Einführung

die Musterbauordnung erfolgt ist, wurde das formelle und materielle Bauordnungsrecht in erheblichem Umfang geändert. Insbesondere

- wurde der Regelabstand auf 0,5 H, in Gewerbe- und Industriegebieten auf 0,25 H verringert, so dass die Regelung über das Schmalseitenprivileg hinfällig wurde;
- erfolgte die Einführung von Gebäudeklassen, nach denen sich insbesondere die Anforderungen des Brandschutzes bestimmen;
- wurden die bisherigen Vorschriften über Ausnahmen und Befreiungen durch die Regelung über Abweichungen abgelöst;
- wurde die Forderung nach Rauchwarnmeldern in das Bauordnungsrecht aufgenommen;
- ist für nicht verfahrensfreie Baumaßnahmen ein Bauleiter zu bestellen.

Niedersächsische Bauordnung (NBauO)

Vom 3. April 2012 (Nds. GVBl. S. 46), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Juli 2014 (Nds. GVBL. S. 206)

Inhaltsübersicht

Erster Teil Allgemeine Vorschriften

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Begriffe
- § 3 Allgemeine Anforderungen

Zweiter Teil Das Grundstück und seine Bebauung

- § 4 Zugänglichkeit des Baugrundstücks, Anordnung und Zugänglichkeit der baulichen Anlagen
- § 5 Grenzabstände
- § 6 Hinzurechnung benachbarter Grundstücke
- § 7 Abstände auf demselben Baugrundstück
- § 8 Grundstücksteilungen
- § 9 Nicht überbaute Flächen, Kinderspielplätze

Dritter Teil Allgemeine Anforderungen an Baumaßnahmen und baulicher Anlagen

- § 10 Gestaltung baulicher Anlagen
- § 11 Einrichtung der Baustelle
- § 12 Standsicherheit
- § 13 Schutz gegen schädliche Einflüsse
- § 14 Brandschutz
- § 15 Schall-, Wärme- und Erschütterungsschutz
- § 16 Verkehrssicherheit

Vierter Teil Bauprodukte und Bauarten

- § 17 Bauprodukte
- § 18 Allgemeine bauaufsichtliche Zulassung
- § 19 Allgemeines bauaufsichtliches Prüfzeugnis
- § 20 Nachweis der Verwendbarkeit von Bauprodukten im Einzelfall
- § 21 Bauarten
- § 22 Übereinstimmungsnachweis

B · NBauO

- § 23 Übereinstimmungserklärung des Herstellers
- § 24 Übereinstimmungszertifikat
- § 25 Prüf-, Zertifizierungs- und Überwachungsstellen

Fünfter Teil Der Bau und seine Teile

- § 26 Brandverhalten von Baustoffen und Feuerwiderstandsfähigkeit von Bauteilen
- § 27 Wände und Stützen
- § 28 Außenwände
- § 29 Trennwände
- § 30 Brandwände
- § 31 Decken und Böden
- § 32 Dächer
- § 33 Rettungswege
- § 34 Treppen
- § 35 Notwendige Treppenräume
- § 36 Notwendige Flure, Ausgänge
- § 37 Fenster, Türen und sonstige Öffnungen
- § 38 Aufzüge
- § 39 Lüftungsanlagen, Leitungsanlagen, Installationsschächte und -kanäle
- § 40 Feuerungsanlagen, sonstige Anlagen zur Energieerzeugung, Brennstoffversorgungsanlagen und Brennstofflagerung
- § 41 Anlagen zur Wasserversorgung, für Abwässer und Abfälle
- § 42 Blitzschutzanlagen

Sechster Teil Nutzungsbedingte Anforderungen an bauliche Anlagen

- § 43 Aufenthaltsräume
- § 44 Wohnungen
- § 45 Toiletten und Bäder
- § 46 Bauliche Anlagen für Kraftfahrzeuge
- § 47 Notwendige Einstellplätze
- § 48 Fahrradabstellanlagen
- § 49 Barrierefreie Zugänglichkeit und Benutzbarkeit baulicher Anlagen
- § 50 Werbeanlagen
- § 51 Sonderbauten

Siebter Teil **Verantwortliche Personen**

- § 52 Bauherrin und Bauherr
- § 53 Entwurfsverfasserin und Entwurfsverfasser
- § 54 Unternehmerin und Unternehmer
- § 55 Bauleiterin und Bauleiter
- § 56 Verantwortlichkeit für den Zustand der Anlagen und Grundstücke

Achter Teil Behörden

§ 57 Bauaufsichtsbehörden § 58 Aufgaben und Befugnisse der Bauaufsichtsbehörden

Neunter Teil Genehmigungserfordernisse

- § 59 Genehmigungsvorbehalt
- § 60 Verfahrensfreie Baumaßnahmen, Abbruchanzeige
- § 61 Genehmigungsfreie öffentliche Baumaßnahmen
- § 62 Sonstige genehmigungsfreie Baumaßnahmen

Zehnter Teil Genehmigungsverfahren

- § 63 Vereinfachtes Baugenehmigungsverfahren
- § 64 Baugenehmigungsverfahren
- § 65 Bautechnische Nachweise, Typenprüfung
- § 66 Abweichungen
- § 67 Bauantrag und Bauvorlagen
- § 68 Beteiligung der Nachbarn
- § 69 Behandlung des Bauantrags
- § 70 Baugenehmigung und Teilbaugenehmigung
- § 71 Geltungsdauer der Baugenehmigung und der Teilbaugenehmigung
- § 72 Durchführung baugenehmigungsbedürftiger Baumaßnahmen
- § 73 Bauvoranfrage und Bauvorbescheid
- § 74 Bauaufsichtliche Zustimmung
- § 75 Genehmigung fliegender Bauten

Elfter Teil Sonstige Vorschriften über die Bauaufsicht

- § 76 Bauüberwachung
- § 77 Bauabnahmen
- § 78 Regelmäßige Überprüfung

B · NBauO § 1

- § 79 Baurechtswidrige Zustände, Bauprodukte und Baumaßnahmen sowie verfallende bauliche Anlagen
- § 80 Ordnungswidrigkeiten
- § 81 Baulisten, Baulistenverzeichnis

Zwölfter Teil Ausführungsvorschriften, Übergangs- und Schlussvorschriften

- § 82 Verordnungen
- § 83 Technische Baubestimmungen
- § 84 Örtliche Bauvorschriften
- § 85 Anforderungen an bestehende und genehmigte bauliche Anlagen
- § 86 Übergangsvorschriften
- § 87 Änderung von Rechtsvorschriften
- § 88 Inkrafttreten

Anhang zu § 60 Abs. 1

Erster Teil Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich

(1) ¹Dieses Gesetz gilt für bauliche Anlagen, Bauprodukte und Baumaßnahmen. ²Es gilt auch für andere Anlagen und Einrichtungen sowie für Grundstücke, an die in diesem Gesetz oder in aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Vorschriften Anforderungen gestellt werden.

(2) Dieses Gesetz gilt nicht für

1. Betriebsanlagen von nichtöffentlichen Eisenbahnen sowie öffentliche Verkehrsanlagen, jeweils einschließlich des Zubehörs, der Nebenanlagen und der Nebenbetriebe, ausgenommen Gebäude,
2. Anlagen und Einrichtungen unter der Aufsicht der Bergbehörden, ausgenommen Gebäude,
3. Leitungen, die dem Ferntransport von Stoffen, der öffentlichen Versorgung mit Wasser, Gas, Elektrizität oder Wärme, der öffentlichen Abwasserbeseitigung, der Telekommunikation oder dem Rundfunk dienen, sowie
4. Kräne und Krananlagen.

§ 2 Begriffe

(1) ¹Bauliche Anlagen sind mit dem Erdboden verbundene oder auf ihm ruhende, aus Bauprodukten hergestellte Anlagen. ²Bauliche Anlagen sind auch

1. ortsfeste Feuerstätten,
2. Werbeanlagen (§ 50),
3. Warenautomaten, die von einer allgemein zugänglichen Verkehrs- oder Grünfläche aus sichtbar sind,
4. Aufschüttungen, Abgrabungen und künstliche Hohlräume unterhalb der Erdoberfläche,
5. Anlagen, die auf ortsfesten Bahnen begrenzt beweglich sind oder dazu bestimmt sind, vorwiegend ortsfest benutzt zu werden,
6. Gerüste,
7. Fahrradabstellanlagen (§ 48),
8. Lagerplätze, Abstell- und Ausstellungsplätze,
9. Stellplätze,
10. Camping- und Wochenendplätze,
11. Spiel- und Sportplätze,
12. Freizeit- und Vergnügungsparks und
13. sonstige Anlagen, die einen Zu- und Abgangsverkehr mit Kraftfahrzeugen erwarten lassen.

(2) Gebäude sind selbständig benutzbare, überdeckte bauliche Anlagen, die von Menschen betreten werden können und geeignet oder bestimmt sind, dem Schutz von Menschen, Tieren oder Sachen zu dienen.

(3) ¹Gebäude sind in folgende Gebäudeklassen eingeteilt:

1. Gebäudeklasse 1:
 - a) freistehende Gebäude mit einer Höhe bis zu 7 m und nicht mehr als zwei Nutzungseinheiten von insgesamt nicht mehr als 400 m² Grundfläche und
 - b) freistehende land- oder forstwirtschaftlich genutzte Gebäude,
2. Gebäudeklasse 2:
nicht freistehende Gebäude mit einer Höhe bis zu 7 m und nicht mehr als zwei Nutzungseinheiten von insgesamt nicht mehr als 400 m² Grundfläche,
3. Gebäudeklasse 3:
sonstige Gebäude mit einer Höhe bis zu 7 m,
4. Gebäudeklasse 4:
Gebäude mit einer Höhe bis zu 13 m und Nutzungseinheiten mit jeweils nicht mehr als 400 m² Grundfläche,

5. Gebäudeklasse 5:

von den Nummern 1 bis 4 nicht erfasste sowie unterirdische Gebäude mit Aufenthaltsräumen.

²Gebäude ohne Aufenthaltsräume, die nicht unter Satz 1 Nr. 1 Buchst. b fallen, werden nach der Gesamtgrundfläche aller Geschosse entsprechend Satz 1 der Gebäudeklasse 1, 2 oder 3 zugeordnet. ³Höhe im Sinne des Satzes 1 ist die Höhe der Fußbodenoberkante des höchstgelegenen Aufenthaltsraumes über der Geländeoberfläche im Mittel. ⁴Führt ein Rettungsweg für das Gebäude über Rettungsgeräte der Feuerwehr, so ist die Höhe abweichend von Satz 3 die Höhe der Fußbodenoberkante des höchstgelegenen Aufenthaltsraumes über der Stelle der Geländeoberfläche, von der aus der Aufenthaltsraum über die Rettungsgeräte der Feuerwehr erreichbar ist. ⁵Die Grundfläche im Sinne dieses Gesetzes ist die Brutto-Grundfläche; bei der Berechnung der Grundfläche nach Satz 1 bleiben Flächen in Kellergeschossen außer Betracht.

(4) Wohngebäude sind Gebäude, die nur Wohnungen oder deren Nebenzwecken dienende Räume, wie Garagen, enthalten.

(5) ¹Sonderbauten sind

1. Gebäude mit einer Höhe nach Absatz 3 Satz 3 von mehr als 22 m (Hochhäuser),
2. bauliche Anlagen mit einer Höhe von mehr als 30 m,
3. Gebäude mit mindestens einem Geschoss mit mehr als 1600 m² Grundfläche, ausgenommen Wohngebäude und Garagen,
4. Verkaufsstätten, deren Verkaufsräume und Ladenstraßen eine Grundfläche von insgesamt mehr als 800 m² haben,
5. Gebäude mit mindestens einem Geschoss, das mit mehr als 400 m² seiner Grundfläche Büro- oder Verwaltungszwecken dient,
6. Gebäude mit mindestens einem Raum, der der Nutzung durch mehr als 100 Personen dient,
7. Versammlungsstätten
 - a) mit einem Versammlungsraum, der mehr als 200 Besucherinnen und Besucher fasst, oder mit mehreren Versammlungsräumen, die insgesamt mehr als 200 Besucherinnen und Besucher fassen, wenn die Versammlungsräume einen gemeinsamen Rettungsweg haben,
 - b) im Freien mit mindestens einer Fläche für Aufführungen oder mit einer Freisportanlage, deren Besucherbereich jeweils mehr als 1000 Besucherinnen und Besucher fasst und ganz oder teilweise aus baulichen Anlagen besteht,
8. Schank- und Speisegaststätten mit mehr als 40 Plätzen für Gäste, Beherbergungsstätten mit mehr als 12 Betten und Spielhallen mit mehr als 150 m² Grundfläche,